

DDR-Renten werden weiter vernachlässigt

Zu „SPD hält Druck hoch für Renten-Fonds“, Thema: Debatte um Härtefallfonds für Sonderrentenansprüche aus DDR-Zeiten

MZ vom 17. März

Es ist völlig berechtigt, dass Ministerpräsident und Finanzminister die Beteiligung des Landes an der Finanzierung der Härtefallfonds kritisch sehen. Fakt ist, dass fast alle Angehörigen der DDR-Berufsgruppen, deren Zusatzversorgungsan-

sprüche nach der Wiedervereinigung, entgegen dem Einigungsvertrag, grundgesetzwidrig nicht mehr gewährt wurden, aufgrund der 830-Euro-Grenze überhaupt nichts bekommen werden. Die für Sachsen-Anhalt bedeutende Berufsgruppe der in den DDR-VEB tätig gewesenen Naturwissenschaftler wurde gar nicht berücksichtigt. Die Chemiker und Physiker sind mittlerweile Bundesbürger dritter

Klasse. Außerdem: Die angeblich vom Bund genannten Härtefallzahlen sind nur geschätzt, dürften bei weitem nicht der Realität entsprechen. Unsere Landesregierung sollte, entsprechend ihrem Koalitionsvertrag, konkrete Schritte einleiten, um den von ihr geforderten Gerechtigkeitsfonds doch noch auf den Weg zu bringen. Es muss endlich die von Reiner Haseloff und Petra Grimm-Benne im Gespräch

mit Vertretern des Seniorenrats Halle im September 2020 angedachte Bundesratsinitiative eingeleitet werden. Der Bund gibt viele Milliarden für fragwürdige Zwecke aus; die seit Jahrzehnten benachteiligten Ostrentner der Berufsgruppen sind ihm aber offensichtlich völlig egal.

Dr. Klaus-Dieter Weißborn
Sprecher des Runden Tisches Rentengerechtigkeit, Vorsitzender der AG Renten beim Seniorenrat Halle